
FDP Wehrheim

ABO ENERGY-KRISE SPITZT SICH WEITER ZU

23.02.2026

Wehrheim. Die wirtschaftliche Krise des Projektentwicklers ABO Energy verschärft sich weiter – mit unmittelbaren Auswirkungen auf das hochumstrittene Windkraftprojekt auf dem Winterstein. Im März sollen Tausende Gläubiger über tiefgreifende Änderungen der Anleihebedingungen im Umfang von mehr als 120 Millionen Euro abstimmen. Dabei soll eine zentrale Schutzklausel für Investoren ausgesetzt werden, um neue Kredite zu ermöglichen. Der Ausgang dieses Prozesses wird entscheidend für die Zukunft des Unternehmens sein. Dies berichtet das **Handelsblatt** in seiner Ausgabe vom 20. Februar 2026.

Erst vor wenigen Wochen räumte der Projektentwickler in einer Ausschusssitzung der Stadt Friedberg öffentlich ein, dass bestehende Pacht- und Gestattungsverträge mit den Kommunen neu verhandelt werden sollen.

Seit wenigen Monaten reiht sich eine negative Entwicklung an die nächste:

- November 2025: Angekündigter Verlust von 95 Millionen Euro
- Januar 2026: Korrektur auf ein dramatisches Defizit von 170 Millionen Euro
- Einbruch des Aktienkurses um mehr als 80 Prozent innerhalb von nur drei Monaten
- Absturz der Unternehmensanleihe auf rund 16 Prozent ihres Nennwertes
- Verkauf von Unternehmensvermögen und aktive Suche nach neuen Investoren
- Stillhaltevereinbarungen mit Gläubigern zur Vermeidung einer weiteren Eskalation

ABO ENERGY GMBH & CO KGAA

WKN: 576002 | ISIN: DE0005760029 | Ticker-Symbol: AB9

Branche
Erneuerbare Energien

Aktienmarkt
Sonstige

1-Jahres-Chart



Das **Handelsblatt** zitiert in seinem Bericht aus Unternehmenskreisen mit der Einschätzung, dass ABO Energy „die Geschwindigkeit und den Umfang der Marktveränderungen unterschätzt“ habe. Weiterhin berichtet das Fachmagazin von dem Plan des Entwicklers, sich neue Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Dazu wolle man eine zentrale Schutzklausel für Investoren aus. Der Ausgang dieses Prozesses dürfte maßgeblich über die weitere Zukunft des Unternehmens entscheiden.

All diese Entwicklungen bestätigen die von der FDP Wehrheim früh geäußerten Zweifel an den wirtschaftlichen Annahmen von ABO Energy. Die ursprünglichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen, auf deren Grundlage die Gemeinde Wehrheim im Jahr 2023 den Gestattungsvertrag beschlossen hat, waren überhöht und unrealistisch. Genau davor haben wir als FDP Wehrheim gewarnt. Als einzige Partei haben wir im Wehrheimer Parlament gegen den Vertrag mit der ABO gestimmt.

„Die Wirtschaftlichkeit der Windkraft hat sich deutlich verschlechtert, der Projektentwickler für die Planungen auf dem Winterstein steht am finanziellen Abgrund und die CDU/SPD-Bundesregierung plant, die Subventionierung der erneuerbaren Energien weiter zurückzufahren. Die aktuellen Vorgänge zeigen klar, wie wichtig eine verantwortungsvolle und kritische Prüfung langfristiger Vertragsbindungen mit Projektentwicklern ist, deren wirtschaftliche Stabilität nicht dauerhaft gesichert erscheint“, so Wehrheims FDP-Ortsvorsitzender **Ingmar Rega**.

Und das finanzielle Risiko für Wehrheim steigt mit einem wirtschaftlich angeschlagenen Projektentwickler weiter. Es ist an der Zeit, endlich die Reißleine für den Windrad-Irrsinn auf dem Winterstein zu ziehen! Noch kann Schaden von Wehrheim und für den Winterstein abgewendet werden.